

Karlsruhe wehrt sich

5. März 2016

Kommentiert von Mitgliedern des Karlsruher Netzwerks gegen Rechts

Die angebliche Fusion von "Kargida" und "Widerstand Karlsruhe" Anfang Februar zu "Karlsruhe wehrt sich" hat nie stattgefunden. Die "Kargida" gab am 4. März bekannt, dass man bei "Karlsruhe wehrt sich" nicht "involviert (sei. Jedoch seien) alle Patrioten aufgerufen jede lokale Demo zu unterstützen".¹ "Kargida" bedient die AfD, die Partei "Die Rechte" und Reichs(kriegs)flaggenschwingerInnen und will friedlich und demokratisch die BRD reformieren. "Widerstand Ost/West" setzt auf NPD, ProNRW und die "Identitäre Bewegung", hält für seine BesucherInnen stets mehrere Dutzend schwarz-rot-goldene Fahnen bereit und will die FDGO auf außerparlamentarischem Weg abschaffen. Für den 5. März angekündigt war seitens "Karlsruhe wehrt sich" eine "Überparteiliche Demonstration vor dem Bundesverfassungsgericht." mit den RednerInnen "Ester Seitz, Alois von Schlesien und Reinhard von den Identitären" (der auch auf Veranstaltungen von "Kargida" spricht, zuletzt am 27. Februar.)

Nach der Anti-Lügenpresse-Demo vor dem SWR in Mainz ist es nun Zeit, ins nächste Wespennest zu stechen. Ein weiterer stützender Arm der Merkel'schen Zerstörungspolitik ist die Justiz, gerade das oberste Gericht müsste längst einschreiten, beim "täglichen" Gesetzesbruch der deutschen Regierung. Zeigen Sie Ihren Protest, kommen Sie am 05. März 2016 zu unserer Demonstration vor dem BVG in Karlsruhe Sa, 05. März um 14.30 Uhr Schlossvorplatz.²

Die Gegenkundgebung

Die Gegenkundgebung wurde vom Stadtjugendausschuss als Mitglied des Karlsruher 'Netzwerks gegen Rechts' organisiert. Hauptredner war Oberbürgermeister Frank Mentrup. Er hielt seine Rede beim Stadtgründerdenkmal gegen 14 Uhr vor etwa 350 Personen. Im weiteren Verlauf beteiligten sich dann etwa 150 Personen am phonetischen Kommentieren der Kundgebung von "Karlsruhe wehrt sich" 50 Meter weiter im spätwinterlich verwaisten Außenausschankbereich des *Multikulti*.

Berichte über die Gegenkundgebung findet sich bei Baden TV³ oder in den BNN vom 7. März. Die Reden gibt es zum Nachhören als Querkfunk-Radiosendung⁴.

1 <https://www.facebook.com/Kargida-1617979225147115/?fref=nf>

2 <https://www.facebook.com/WiderstandOWKarlsruhe>

3 <http://www.baden-tv.com/mediathek/video/gegen-hass-und-hetze-kundgebung-in-karlsruhe/>

4 <https://www.freie-radios.net/75577>

Die Kundgebung von “Karlsruhe wehrt sich”

Die Kundgebung zählte 30 BesucherInnen und fünf Mitglieder des Orgateams. Diese hielten insgesamt etwa 20 schwarz-rot-goldene Fahnen geschultert, ferner eine Wirmer-Fahne und - erstmals bei einer Kundgebung von Ester Seitz - eine Reichsflagge, die an einem etwa vier Meter langen Stab angebracht war und den optischen Luftraum über der Kundgebung dominierte. Den akustischen Luftraum über der Kundgebung dominierte ein Tuut-Orchester, jedoch nur bei jener Stelle der langen Polizeigitterreihe, die der Kundgebung am nächsten war. Schon etwa 30 Meter weiter konnte man die Reden akustisch gut verstehen.

Die Polizei war mit einem sehr großen Aufgebot angetreten und hatte schon um 13 Uhr alle für die Kundgebung und den “Spaziergang” von “Karlsruhe wehrt sich” neuralgischen Punkte mehrfach besetzt. Der “Spaziergang” sollte ursprünglich über die Bismarckstraße zum Scheffelplatz reichen. Er fand dann jedoch verkürzt statt: Offenbar in Absprache mit den Behörden bog man ohne Proteste über die Wörthstraße in die Stephaniensstraße ein und zog zurück zum Kundgebungsplatz - zu jedem Zeitpunkt, so gut es wegen der Polizeisperren ging, begleitet von vielen antifaschistisch orientierten Menschen.

Die Kundgebung am 5. März war von allen “patriotischen Kundgebungen” seit Februar 2015 wohl die mit den gemäßigtsten Inhalten. Die Eröffnungsrede⁵ hielt Ester Seitz, demonstrativ “traurig und enttäuscht” über die geringe Zahl an DemonstrantInnen. Im zweiten Teil ihrer Rede sprach sie über den ihrer Meinung nach unberechtigten NPD-Verbotsprozess vor dem BVerfG. Dabei verlor sie sich (wie sonst nur Michael Mannheimer), ausgehend von unbelegten bzw. verfälschten Zitaten, immer wieder in wirren Aussagen über “die Antifa” als die eigentliche Staatsgefahr, die “von den Parteien 'Die Linke', 'Die Grünen' oder der SPD finanziert” werden würde, wobei jedoch auch “die CDU-Parteibücher vom Blut der Antifaverbrechen getränkt” seien.

Den ersten Teil ihrer Rede widmete sie Vorwürfen über eine fehlende “Unabhängigkeit der Justiz”. Das “Volk sei entmündigt” und ihm bleibe “nur noch eines: Auf der Straße Widerstand zu leisten”. Sie bezog sich hauptsächlich auf die Verfassungsbeschwerde⁶ von Karl Schachtschneider⁷ gegen die „Asylpolitik der Bundesregierung“ (Anfang Februar) sowie auf das Gutachten⁸ “Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem” (Mitte Januar) von Udo di Fabio⁹, das die CSU in Auftrag gestellt hatte und das als Grundlage für ein diesbezügliches CSU-Positionspapier¹⁰ diente:

5 <https://www.youtube.com/watch?v=DfkqPPFONRU>

6 <http://k-networld.de/download/verfassungsbeschwerde-asyl-von-prof-schachtschneider/>

7 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article123627734/Schachtschneider-gibt-Kandidatur-fuer-AfD-auf.html>
www.deutschlandfunk.de/verfassungsbeschwerde-staatsrechtler-klagt-gegen.1769.de.html?dram:article_id=344610

8 http://www.bayern.de/wp-content/uploads/2016/01/Gutachten_Bay_DiFabio_formatiert.pdf

9 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article150982804/Rechtssystem-in-schwerwiegender-Weise-deformiert.html>
<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/gutachten-udo-di-fabios-zur-grenzsicherung-14010809.html>

10 http://bayern.de/wp-content/uploads/2016/01/Positionspapier_zum_Rechtsgutachten_Di_Fabio.pdf

[Auf einer] juristischen Basis stand eine eingereichte Klage gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Verfahrensbevollmächtigter war Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider. Ein Mann, der durch seinen Lebenslauf durchaus als juristisches Schwergewicht bezeichnet werden kann. Eben jene Klage wurde von diesem Bundesverfassungsgericht vor einigen Tagen ohne Begründung abgewiesen. Man hat sich also nicht einmal damit befasst. Das Gericht hat die Klage nach §93d abgelehnt und dieser Paragraph wurde ursprünglich dazu geschaffen, um das BVG „von unsinnigen Beschwerden zu entlasten“. Hier jedoch wird der Paragraph dazu missbraucht, um sich nicht mit dem vermutlich größten juristischen Skandal der Neuzeit beschäftigen zu müssen. Und genauso bestätigt es auch das Rechtsgutachten des Verfassungsrichters Udo di Fabio, der Merkels 'Politik der offenen Grenzen' als einen „einmalig historischen Rechtsbruch“ bezeichnet. Das einzige Fazit, das man aus dieser ohne Begründung abgewiesenen Klage ziehen kann, ist, dass eine Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland nicht mehr gegeben ist. Womit wir wieder einmal bei den Merkmalen für eine totalitäre Diktatur wären. Wenn es dem höchsten Gericht wichtiger ist, eine Rechtsbrecherin zu schützen, weil sie der Kopf eines Regimes ist, als dafür zu sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden, dann ist dies ein Unrechtsstaat. Und dann ist das Gericht nicht unabhängig, sondern eine von dem Regime abhängige Instanz. Im gleichen Atemzug, in dem die Klage gegen Merkel und ihr Kabinett ohne Begründung abgeschmettert wurde, leitet man jedoch, ganz zufällig kurz vor der Wahl, ein Verbotsverfahren gegen eine nationale Partei ein.

Danach sprach Alois Röbosch¹¹ (REP-Stadtrat in Speyer). Er mahnte eine nationale Einheit aller rechten und linken „Nicht-Radikalen“ an. Man solle sich „zusammensetzen“, anstatt sich von Angela Merkel „gegen einander aufhetzen zu lassen“. Die „normalen“ Rechten und die „normalen“ Linken hätten viel mehr gemein als sie denken, etwa gegen TTIP oder für „Umweltpolitik“ zu sein. Und gemeinsam solle man gegen die „Untätigkeit von Frau Merkel“, die „ganz Europa“ spalte, vorgehen. Ansonsten solle man die EU-Grenzen schließen und dann nur diejenigen reinlassen, die aus Ländern kommen, die zu gefährlich sind, als dass „man dort Urlaub machen“ könnte - und „wer uns von denen dann passt“, solle langfristig in Deutschland bleiben dürfen. Die Schlussrede¹² hielt „Reinhard“ im kurzärmeligen Deutschlandtrikot der Herrenfußball-WM (3 Sterne) von 2014. Die Inhalte seiner Rede beschränkten sich auf Kapitalismuskritik von nationalrechts sowie auf Verteidigung der NPD und Anklage „der Antifa“.

“Widerstand Albtal”

Am 4. März fand in Ettlingen der 68. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg incl. Besuch der Bundeskanzlerin statt. Dazu meldete das 'Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis' am 3. März, dass „Neonazis und Rassisten des sog. „Widerstandes“ anlässlich des CDU Parteitags mit Kanzlerin Merkel im Horbachpark vor der Albgauhalle ab 16 Uhr in Ettlingen aufmarschieren“ würden:

Die Kundgebung von „Widerstand Albtal“¹³ bestand aus zwei Herren¹⁴ des Orga-Teams von „Widerstand Karlsruhe“ und zwei Gästen, die aber nur von 16.30 bis etwa 17 Uhr anwesend waren¹⁵. An den Gittern, etwa 30 Meter entfernt von der Kundgebung, standen etwa 40 Personen, die Hälfte davon herkömmliche Parteitagschaulustige. Insgesamt dürften 200 Polizist-

11 <https://www.youtube.com/watch?v=RJc6V7IIUCs>

12 <https://www.youtube.com/watch?v=R9j24nGHApk>

13 Diese Gruppierung verfügt über keinen Internet- bzw. Facebookauftritt.

14 https://www.youtube.com/watch?v=MBwfMGs_CxA

15 <https://www.facebook.com/karlsruhe.gegen.pegida/>

Innen im Einsatz gewesen sein. Nachdem Angela Merkel den Parteitag um 17.15 Uhr verlassen hatte¹⁶, begann die Polizei um 17.16 Uhr damit, die Gitter einzupacken und zu verladen. Man konnte sich darum bis auf 20 Meter der Kundgebung nähern, umgeben von etwas Polizei und vielen BesucherInnen des Parteitags, die sich auf den Heimweg machten. In diese allgemeine Aufbruchstimmung hinein begann der (einzige) Redner auf der Kundgebung von "Widerstand Albtal" seine dritte Rede des Tages, davon die zweite ohne Verstärkeranlage, da diese während der ersten Rede das Funktionieren beendet hatte. Die allgemeine Heiterkeit im Publikum, ausgelöst durch vielfältiges Kommentieren der Redeinhalte, wurde dann jedoch noch gesteigert, als Ester Seitz mit einem Megaphon auf der Kundgebung erschien¹⁷ und die drei zu einem Spaziergang durch Ettligen aufbrachen, friedlich begleitet von 15 AntifaschistInnen und 30 PolizistInnen. Die Redebeiträge von Ester Seitz gingen dabei in Sprechchören wie "Lügendemo" oder "Ester muss weg" unter. Das Sahnehäubchen war dann, dass die Demo zufällig am geparkten Auto von Ester Seitz vorbeikam, woraufhin die drei einstiegen und wegfuhr. Das Letzte, was sie sagten, war: "Am Wahltag lacht ihr nicht mehr". Damit könnten sie recht haben.

Das Vorletzte, was sie sagten, war eine Ankündigung: Man wolle ab dem "kommenden Montag [7. März] von 9 Uhr bis 16 Uhr jeden Tag vor dem Rathaus [vermutlich dem Karlsruher] stehen und fünfmal die Stunde einen Muezzinruf [vermutlich vom Band] erschallen" lassen. Es fanden sich jedoch bislang keine Anzeichen dafür, dass die Aktion (egal wo oder wie lange) stattgefunden habe.

"Widerstand Baden-Württemberg"

Am 27. Februar sprachen Ester Seitz und Mathias Bückle (NPD) in Künzelsau bei einer Veranstaltung von "Widerstand Baden-Württemberg". Die Facebookseite¹⁸ von "Widerstand Baden-Württemberg" sowie die Selbstbeschreibung¹⁹ enthalten deutliche Verweise auf "Steh auf für Deutschland" und damit auf Mathias Bückle als Betreiber. Angemeldet werden die Kundgebungen in Künzelsau aber von ortsansässigen Personen, auch die HauptrednerInnen sind bislang Leute der Region gewesen. Es gibt Verbindungen zu "Öhringen wehrt sich".

Zur zweiten Kundgebung²⁰ von "Widerstand Baden-Württemberg" am 27. Februar waren 30 'PatriotInnen' und 600 GegendemonstrantInnen erschienen, zur ersten Kundgebung²¹ am 13. Februar 60 'PatriotInnen' und 500 GegendemonstrantInnen. Die Kundgebungen in Künzelsau sollen im Zweiwochenrhythmus fortgeführt werden, die nächsten angekündigten Termine sind der 12. und der 26. März.

Bei der ersten Kundgebung am 13. Februar waren Ester Seitz und Mathias Bückle allem Anschein nach nicht anwesend gewesen. Am 27. Februar sprachen beide mehrmals am „Bürgermikro“. Noch ist nicht klar, welche Strukturen "Widerstand Baden-Württemberg" und die Kundgebungen in Künzelsau haben und wie die beiden zusammenhängen.

16 <https://www.facebook.com/WiderstandOWKarlsruhe/videos/vb.350465961807129/512187592301631/?type=3&theater>

17 <http://www.beobachternews.de/2016/03/06/widerstaendler-machen-sich-laecherlich/>

18 <https://www.facebook.com/pages/Widerstand-Baden-W%C3%BCrttemberg/541504649385230>

19 <https://plus.google.com/112986316031182862934/posts/SenzV8ksHF7>

20 <http://www.stimmt.de/news/webreporter/vorort/2016/februar/art5879,87798>

21 www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/heilbronn/weniger-teilnehmer-als-erwartet-demos-um-asylpolitik-in-kuenzelsau/-/id=1562/did=16958198/nid=1562/pdb50r/

Vorläufiger Abschluss

Weder "Karlsruhe wehrt sich" noch "Kargida" haben bei ihrer letzten Kundgebung auf einen Folgetermin verwiesen. Erstmals seit dem Erscheinen "patriotischer" Proteste in Karlsruhe im Februar 2015 ist also nach dem Aufmarsch nicht auch gleichzeitig vor dem Aufmarsch.

Allerdings 1: Ester Seitz hat gegen Ende der Kundgebung am 5. März eine kurze Spontanumfrage durchgeführt: Ob die Leute diensttagabends oder eher samstags-nachmittags Zeit hätten. Eine Mehrheit von acht Personen votierte für dienstags.

Allerdings 2: Die "Kargida" meldete am 7. März: ²²

Wir bieten allen Patrioten in BW zum Wohle des Landes die Zusammenarbeit an. (...) Egal ob ihr einer Partei oder Organisation angehört. Ihr seid alle wichtig. Unsere 1 Jahres Demo war ein Anfang. Wir haben uns mit "PEGIDA DREILÄNDERECK UND SCHWEIZ" zusammengetan und (...) müssen dieses Bündnis erweitern. Ihr seid alle eingeladen euch anzuschließen.

Zum Vergleich: Christian Lindner

In einem Interview sprach der FDP-Bundesvorsitzende Ende Februar 2016 zu den Themen Flucht, Asyl und Einwanderung.

Man darf nicht aus dem edlen Motiv der Solidarität dauerhaft den Rechtsstaat aussetzen, wie es die Frau Bundeskanzlerin getan hat. Das Ergebnis sind die chaotischen Zustände in Europa. Um es konkret zu machen: Wir lieben das Europa, in dem wir frei leben und arbeiten können. Zäune und Schlagbäume müssen da bleiben, wo sie sind: in den Geschichtsbüchern. Aber die Voraussetzung für offene Binnengrenzen ist eine Kontrolle über die Außengrenze. Die Freizügigkeit in Europa ist daran gekoppelt, dass Flüchtlinge einen Asylantrag nur dort stellen dürfen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten. An der deutschen Grenze müssten demnach Flüchtlinge abgewiesen werden. Frau Merkel hat im September entschieden, dass wir diese Regeln nicht anwenden. Die Schengen-Vereinbarung über den Verzicht auf Grenzkontrollen funktioniert aber nur, wenn die Regeln der Dublin-Vereinbarung eingehalten werden. Deshalb muss der rechtsfreie Zustand beendet werden. (...) Frau Merkel kann ihre ethischen Abwägungen nicht länger ganz Europa oktroyieren. Deshalb ist eine Rückkehr zum europäischen Gemeinschaftsrecht die Voraussetzung dafür, wieder Handlungsfähigkeit zu erlangen. Wenn Deutschland seine Politik der grenzenlosen Aufnahmebereitschaft durch einen solidarischen Realismus ersetzt, halte ich eine europäische Lösung für erreichbar. Wir können nicht länger einen rechtsfreien Zustand tolerieren. Das zerstört das Vertrauen der Menschen in ihren Staat. Das Ziel muss eine geschützte Außengrenze sein. Geschützt durch eine europäische Grenzpolizei und nicht durch Herrn Erdogan. (...) Die Konservativen haben sich den Debatten nicht gestellt, weil sie Angst vor Fremden hatten. Die linken Parteien haben sich gescheut, die Interessen Deutschlands und unsere legitimen Erwartungen an Zuwanderer zu beschreiben. Jetzt kann keiner mehr ausweichen. Wir müssen klar definieren und unterscheiden, wen wir aus humanitären Gründen aufnehmen und wen wir aus deutschem Eigeninteresse in unseren Arbeitsmarkt einladen. Bei Kriegsflüchtlings sollte der Schutz nur vorübergehend sein. Nach der Stabilisierung der alten Heimat sollten die Menschen dorthin zum Wiederaufbau zurückkehren. Wer bei uns bleiben will, soll das dürfen, wenn er den Kriterien hinsichtlich Integrationsbereitschaft und Qualifikation genügt. ²³

²² <https://www.facebook.com/Kargida-1617979225147115/?fref=nf>

²³ <https://www.liberal.de/content/erdogan-ist-kein-ersatz-fuer-eine-europaeische-grenzpolizei>

Zum Vergleich: Fluchtursachen bekämpfen (2011)

Ende 2011 veröffentlichte die EKD einen Beitrag²⁴ zum Thema Flucht.

Sie fliehen vor Hunger, Armut, Krieg, Gewalt und Naturkatastrophen. Ca. 200 Millionen sind so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder Arbeitsmigranten, besser „Überlebensflüchtlinge“, Menschen, die auf der Suche nach einer Arbeit zur Sicherung ihres Lebens sind. Ca. 10 Millionen sind Kriegsflüchtlinge, die vor dem Schrecken und dem Leid der Kriege fliehen. Umweltflüchtlinge, also Menschen, die aufgrund der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen fliehen, werden (noch) nicht erfasst. (...) Der Evangelische Entwicklungsdienst hatte in einigen westafrikanischen Ländern Partner gefördert, die landwirtschaftliche Familienbetriebe darin unterstützten, eine kleine erfolgreiche Hähnchenzucht aufzubauen. Seit einigen Jahren aber nimmt der Export von Geflügelteilen aus der EU nach Westafrika dramatisch zu. Nach Kamerun z.B. hat sich der Import von Hähnchenteilen innerhalb von 5 Jahren verzwanzigfacht. (...) Weil die Menschen in Europa mehr und mehr nur noch bestimmte Teile der Hähnchen (wie z.B. Hähnchenbrust) bevorzugen, die restlichen Teile also irgendwohin, d.h. hier: nach Afrika, „entsorgt“ werden müssen. Dieses „Restfleisch“ ist – auch dank Subventionen aus der EU – erheblich billiger als das im Land selbst produzierte Fleisch. Die Folge ist, dass die einheimischen Geflügelmärkte fast vollständig zerstört wurden, Menschen verarmten und ihre Familien nicht mehr ernähren konnten. (...) „Fluchtursachen bekämpfen“ bedeutet eben nicht nur, etwas mehr Geld in arme Länder pumpen, sondern auf eigene Handelsvorteile verzichten und das eigene Konsumverhalten überdenken. (...) Besonders heikel ist bei der Frage der Bekämpfung von Fluchtursachen die Tatsache, dass Deutschland als der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sogar direkt zur Verschärfung von Konflikten und Bürgerkriegen beiträgt. (...) Deutschland [hat] in den Jahren 2007-2009 sowohl an Ägypten, als auch an Tunesien und Libyen Waffenlieferungen in mehrstelliger Millionenhöhe nicht nur genehmigt, sondern sie im Fall Libyens sogar durch eine staatliche Bürgschaft abgesichert hat. Das ist ein Skandal, weil damit genau die Despoten gestützt und ausgerüstet wurden, die nun den Ruf ihrer Bürger für Freiheit blutig niederschlagen und durch ihren Terror zum Anwachsen der Flüchtlingszahlen beitragen. (...) Von einer Kohärenz von Wirtschafts-, Außenpolitik und Entwicklungspolitik sind wir noch weit entfernt. Auch hier gilt: Bekämpfung der Fluchtursachen in Afrika beginnt vor unserer eigenen Haustür.

Verschiedenes

Im hessischen Büdingen, wo die NPD-verwobene Bewegung “Büdingen wehrt sich” aktiv ist und bei der auch Melanie Dittmer und Christopher von Mergensen als RednerInnen aufgetreten²⁵ sind, konnte die NPD bei den Kommunalwahlen am 6. März ein deutliches Ergebnis erzielen.²⁶

Im mittelhessischen Büdingen kam die rechtsextreme NPD auf ein Trendergebnis von mehr als 14 Prozent (2011: zwei Prozent). Büdingen, eine Stadt mit 21.000 Einwohnern, hat eine der größten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in Hessen. Die Wahl gewannen die Freien Wähler (27,2 Prozent) vor CDU (21,8) und SPD (18,3). Die AfD war nicht angetreten.

²⁴ <https://www.ekd.de/international/berichte/81465.html>

²⁵ vgl das Dossier “Der 30. Januar in Büdingen” im Mediencenter des Netzwerks gegen rechts unter ka-gegen-rechts.de

²⁶ www.spiegel.de/politik/deutschland/kommunalwahlen-in-hessen-schwarz-gruen-in-frankfurt-vor-dem-aus-afd-zweistellig-a-1080949.html

Am 28. Februar fanden in der Schweiz Kantonratswahlen statt. Ignaz Bearth, der Hauptredner der Kargida-Kundgebung vom 27. Februar, war mit der DPS angetreten. Er schrieb am Wahlabend auf Facebook²⁷:

2015 erreichte ich als Einzelkandidat (Nationalratswahlen) für die Direktdemokratische Partei Schweiz im Kanton St. Gallen 0.1%. Heute, bei den Kantonsratswahlen im Kanton St. Gallen - Wahlkreis Wil, durfte ich ein klares Wachstum für die noch junge und kleine DPS erzielen. Wir vervierfachten unser Ergebnis vom letzten Oktober auf 0.4%. (...) Es ist noch ein langer Weg nach oben, doch wir stehen auch noch erst ganz am Anfang unserer Parteigeschichte.

Die Partei "Die Rechte" beanstandete wenige Stunden nach Ende der Kargida-Kundgebung vom 27. Februar "linksradikele Angriffe bei der Abreise".²⁸

Eine kleine Gruppe von nationalen Aktivisten wurde im Nachgang von etwa 50-70 Linksextremisten überfallen. Anzumerken ist hierbei, dass die Antifaschisten keine Hemmungen hatten, auf wehrlose Frauen einzuschlagen und einzutreten. Durch die massiven Angriffe wurden drei Frauen leicht bis mittelschwer verletzt, ein Auto wurde komplett zerstört. Der Sachschaden beläuft sich im vierstelligen Bereich. Direkt nach den Angriffen kündigten wir aus diesem Grund für Sonntag Nachmittag eine Eilversammlung in Karlsruhe an. (...) Ihr seid tatsächlich das Letzte, selbst auf Frauen die auf dem Boden liegen ohne Hemmungen massiv einzutreten und einzuschlagen – einfach nur widerlich!

Sigrid Schüßler²⁹ sprach am 29. Februar bei Pegida NRW in Duisburg³⁰. Sie wirkte emotional sehr aufgewühlt und liess sich assoziativ durch ihren eigenen NPD-Wertekanon treiben. Ester Seitz war dort lediglich Transpiträgerin.³¹

Man hat versucht, Pegida - wie alle anderen Bürgerproteste in diesem Staat - platt zu machen, zu spalten. Aber es gelingt nicht. Überall, an allen Ecken und Enden Deutschlands, gehen die Menschen auf die Straße. Und jeder einzelne, der auf die Straße geht, ist ein Dorn im Auge dieses Systems und wird dieses System zum Zusammenbruch zwingen. Wir sind ein Volk. Wir sind ein Volk voller Liebe und Wärme, wir sind kein aggressives Volk, was man uns einredet, was uns die Lügenmedien täglich versuchen zu indoktrinieren: Dass wir alle möglichen Schulden haben, die wir in der ganzen Welt abbüßen müssen. Nein, dem ist nicht so. Wir wissen, wer heute die Kriege in die Welt trägt: (...) Die USA, die das dann auch noch als Demokratisierung und Befreiung verkauft. Wir Deutsche, die wir hier stehen, stehen für Frieden, für Liebe, für Miteinander. Das sind unsere Werte. (...). Wir haben ein deutsches Herz, und wenn unser Herz blutet, dann können wir nicht mehr anders, dann lassen wir das hinter uns, dann sagen wir: „Nehmt uns unsere Existenzgrundlage, nehmt uns meinerwegen unsere Ehre, wie ihr Ehre versteht. Das ist aber der Schritt für uns, unsere Ehre zu erhalten, zu verteidigen und sie hochzuhalten, wenn wir eben für unsere Zukunft eintreten und Gesicht zeigen. Und wir sind entschlossen. Wir sind an einem Punkt angelangt, von dem es keine Rückkehr mehr gibt. (...) Wir kämpfen für etwas Heiliges, denn Deutschland ist mehr als nur ein Staat. Es ist eine Idee, es ist ein heiliger Begriff, und den kann man nicht erklären, den kann man nur fühlen. Wir aber alle fühlen es, und deshalb sind wir eine Gemeinschaft. (...) Wir sind der Glaube und die Hoffnung und das Licht. Und der Regenbogen – das sage ich euch allen: Der Regenbogen gehört uns. Der gehört nicht einer kleinen Minderheit von Homosexuellen. Ich habe nichts gegen Homosexuelle, aber die Homosexualisierung unserer Kinder und Jugendlichen, unserer Gesellschaft. Das ist Politik in diesem Staat und das ist falsch. Und der Regenbogen gehört

27 <https://www.facebook.com/I.Bearth/photos/pb.152521048219150.-2207520000.1456734575./659432434194673/?type=3&theater>

28 <http://rechte-bw.com/?p=2269>

29 Am 13. Dezember Rednerin in Karlsruhe bei "Merkels letzter Parteitag" sowie am 20. Februar in Mainz bei "Karlsruhe wehrt sich".

30 <https://www.youtube.com/watch?v=E76UgXk3yHs>

31 <https://www.facebook.com/esterseitz.ger/photos/pb.121524344852138.-2207520000.1456934484./236025883401983/?type=3&theater>

selbstverständlich uns allen. Er ist ja am Himmel, er leuchtet ja am Himmel und lässt sich nicht einsperren in eine völlig widernatürliche Ideologiesierung. Das geht nicht. Widernatürlich ist eben auch, was abgeht an den Schulen und Kindergärten bereits mit der Frühsexualisierung und diesem Gender Mainsteam. Da erzähle ich euch ja nichts Neues: Dass wir da auch verweichlicht werden und keine [anderen] Ziele mehr vor Augen haben sollen als einfach nur die Frage, welches Geschlecht wir denn nun haben. Weil Gender Mainstreaming – und das ist eine Lehre, die staatlich gefördert wird – spricht uns das Geschlecht ab und und sagt: „Wir werden als Mensch geboren und entscheiden uns im Laufe unseres Lebens, welches Geschlecht wir annehmen wollen.“

Am 27. Februar sprachen Sigrid Schüßler, Christopher von Mergensen (ProNRW Bonn), Dominik Roeseler (ProNRW-Vize) sowie Karl Richter (NPD München) in Erkelenz auf der Veranstaltung „Bürger stehen auf“. 130 DemonstrantInnen und 900 GegendemonstrantInnen waren zugegen.³² Die Rede von Sigrid Schüßler³³ war weit weniger blumig als am 29. Februar in Duisburg.

[Es wird als Volksverhetzung geahndet,] einfach nur wenn man sagt: „Der Islam gehört zu Deutschland wie Es-Ceh-Ha-Punkt-Punkt-Punkt auf den Esstisch“. Ich denke, wenn wir den Islam betrachten, so wie er sich uns darbietet, gibt es auch im Grunde auch nicht viel mehr dazu zu sagen. Ich muss mich auch mit dieser Religion nicht beschäftigen, das ist die Aufgabe der islamischen Welt, die müssen sich befreien von dieser eigenartigen Religion, die keine ist, sondern ein einziger Dogmatismus und Unterwerfung. (...) Unsere Aufgabe ist jedoch, unseren Stall sauber zu halten und diese Sauerei nicht in unser Land reinzulassen. Und weil wir gerade beim Thema 'Stall und Sauerei' sind: (...) 'Die Grünen' sind diejenigen, die die Kader ausbilden, die die Jugend vergiften, die in der Schule mit Gender Mainstreaming und Kinder-Frühsexualisierung die Seele zerstören und die ihre geschulten Gewalttäter, denen sie die Hemmung vor Gewalt abtrainiert haben, auf Leute wie uns loslassen. Pfui Teufel (...). Ihr [von den 'Grünen'] glaubt nicht an Gott. (...) Das da drüben [die Gegendemo] ist eine satanische Vereinigung, nichts anderes. Denn wer so gegen die Identität vorgeht, die Identität des eigenen Volkes, (...) der braucht nicht so zu tun, als hätte er ein Herz für irgendwen auf der Welt. Denn wir alle sollen unsere Identität verlieren, unsere Gesichter. (...) Mit uns soll Europa sein Gesicht verlieren, und die ganzen Invasoren, die kommen, die keinen Bezug haben zu unserem Land, (...) wo dann eben eine neue Du-Fickie-Fickie-Kultur entsteht. (...) Wir sollen nur noch an Du-Fickie-Fickie denken und irgendwelche Mischlingsmensen hervorbringen, die alle gleich aussehen, ohne eigene Identität, ohne Geschichte, ohne das Wissen um unsere Ahnen, ohne das Wissen um den Sinn des Lebens überhaupt. Und der Sinn des Lebens ohne das, was es bedeutet, Werte zu schaffen und sich und das Erbe, das man mitbringt, weiter zu entwickeln: Zum Guten, zum Schönen, zum Licht, zur Sonne. Wir alle sollen nach unten gedimmt werden, unser IQ soll sinken, (...) um aus uns letzten Endes dumme Menschen zu machen, die (...) bereit sind, als Sklaven in einer Welt zu arbeiten, die nur noch von einer kleinen Elite regiert wird, die die ganze Menschheit unterwirft, und uns zu Sklaven macht: Die sogenannte 'Neue Weltordnung'. (...) Die [auf der Gegendemo] tun so, als wären sie mehr als wir sie sind es aber nicht. Sie sind es nicht. Wir sind als Volk so geeicht, dass wir ein ruhiges Volk sind, dass wir still sind. Wir wollen im Grunde unsere Ruhe haben und unserer Arbeit nachgehen. So sind wir. Wir sind nunmal kein extrovertiertes Volk, wie andere, sondern ein eher introvertiertes, geistiges Volk. Und deshalb ist es für uns um so schwerer, auf die Straße zu gehen und zu sagen: „Nein, es reicht.“ Aber wir alle wissen, wenn wir Deutsche an den Punkt gebracht werden, wo wir sagen: „Nein“, dann wird es nichts mehr geben, was uns davon abhält, für unser Recht und unsere Freiheit zu kämpfen und dieses auch zu erringen. Wir sind das Volk. Und was wir für ein Volk sind, das wird in naher Zukunft dieses dreckige System, das uns unterdrückt, spüren.

32 <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/kundgebungen-in-erkelenz-verlaufen-friedlich-aid-1.5798599>
<http://www.mbr-koeln.de/2016/03/07/demonstration-der-initiative-buerger-stehen-auf-in-erkelenz/#more-4686>

33 <https://www.youtube.com/watch?v=XucQFIisCYo> und <https://www.youtube.com/watch?v=hJzR6EI-zOc>

Melanie Dittmer³⁴ scheint erheblichen juristischen Ärger zu haben.³⁵

Der für Dienstag vorgesehene Strafprozess beim Amtsgericht wurde auf Ende April verschoben. Ursprünglich sollte sich Dittmer dafür verantworten, dass sie einen Beamten des polizeilichen Staatsschutzes bei dessen Tätigkeit während einer Dügida-Demo gefilmt und diese Aufnahme mit beleidigenden Zusätzen übers Internet verbreitet habe. Wie am Montag bekannt wurde, will das Amtsgericht aber nicht nur darüber verhandeln, sondern auch noch über eine zweite, umfangreichere Anklage gegen die 37-Jährige. Dafür ist jetzt der 28. April als Prozesstag reserviert. In einem Zivilprozess beim Landgericht war Dittmer erst vor wenigen Wochen wegen jener illegalen Filmaufnahme des Polizisten und ihrer beleidigenden Kommentare verurteilt worden, dem Beamten nun 1500 Euro Schmerzensgeld zu zahlen. Der Polizist gab an, er wolle das zugesprochene Geld spenden. Parallel hatte die Staatsanwaltschaft wegen dieses Films und der Beleidigungen aber auch noch einen Strafbefehl über 5400 Euro gegen Dittmer erwirkt. Weil die Dügida-Chefin dagegen jedoch Einspruch einlegte, sollte der Fall am Dienstag beim Amtsgericht in öffentlicher Sitzung verhandelt werden. Doch inzwischen werden Melanie Dittmer in einer zusätzlichen Anklage auch Beleidigungen von vier anderen Polizisten angelastet sowie eine weitere Aufnahme eines Polizeibeamten, die sie angeblich ebenfalls im Internet veröffentlicht habe. Außerdem soll sie als Verantwortliche von zwei Dügida-Aufmärschen Anfang 2015 dafür zur Rechenschaft gezogen werden, dass dabei Schmäherufe gegen eine Moschee an der Adersstraße laut geworden sein sollen. Das wertet die Anklage als Beleidigungen sowie als vorsätzliche und grobe Störung der Gottesdienste - und teils sogar als Volksverhetzung. Denn in einigen Passagen wurde die Glaubensgemeinschaft der Muslime damals durch lauthals skandierende Parolen der Dügida-Teilnehmer angeblich pauschal angegriffen, dadurch aus Sicht der Anklage in ihrer Menschwürde böswillig verächtlich gemacht und verleumdet. Für den Prozesstermin Ende April sind bisher 21 Zeugen vorgesehen.

34 Am 2. Februar Rednerin bei "Karlsruhe wehrt sich" und am 31. Januar bei "Büdingen wehrt sich".

35 <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/weitere-vorwuerfe-gegen-duegida-chefin-aid-1.5803081>